

Stettiner Zeitung.

Morgenblatt. Dienstag, den 12. Februar.

No. 71.

1867.

Die Unwahrheiten des demokratischen Aufrufs.

Der demokratische Aufruf röhrt endlich von Herrn Müller, daß er fest entschlossen sei, die Regierung zu unterstützen in ihrer großen Aufgabe der Einigung Deutschlands, er hebt dies durch große und fette Schrift besonders hervor, dies muß es also besonders sein, wodurch sich Hr. Müller vor Herrn Michaelis auszeichnet. Aber leider ist dies abermals nichts als eine wissenschaftliche und dazu die größte Unwahrheit von allen.

Hr. Müller hat in seiner Rede vom Januar ganz bestimmt ausgesprochen, daß er fest entschlossen ist, die Regierung nicht zu unterstützen, vielmehr sie in ihrer großen Aufgabe der Einigung Deutschlands nach Kräften zu hindern. Die Regierung sieht als den eigentlichen Kernpunkt der Einigung Deutschlands die Einigung des Heerwesens unter Preußens Oberbefehl an. Alle Gauen Norddeutschlands sollen gleiche Dienstpflicht haben, alle gleiche Beiträge zahlen und gleiche Zahl von Wehrmännern auf die gleiche Kopfzahl stellen; alle sollen fest an Preußen gekettet werden und keine Aussicht behalten, je sich von Preußen trennen und zu den Feinden Preußens übergehen zu können. Und gerade dieses Ziel der Regierung will Hr. Müller mit allen Kräften zu verhindern suchen.

Die Regierung will auf je 100 Köpfe der Bevölkerung einen Wehrmann und 225 Thlr. jährliche Beiträge für alle Zeiten festgestellt haben, dies soll die feste und unabänderliche Basis des neuen Bundes bilden. Hr. Müller will dies unter keiner Bedingung bewilligen, lieber mag nach ihm das Einigungswerk zu Grabe getragen werden, das einige Deutschland ein Traum bleiben. Nach ihm sollen der Regierung gar keine festen Beiträge bewilligt werden, sondern soll jährlich vom Reichstage und dem Fürstentage berathen und beschlossen werden, ob und wieviel sie Preußen für das norddeutsche Bundesheer bewilligen wollen. Nach diesem Vorschlage des Herrn Müller können also die Fürsten und Abgeordneten der Kleinstaaten jährlich Preußen die Kosten für das Heer verweigern und damit das Heer des norddeutschen Bundes vernichten, diesen selbst aufzuhören.

Und nach einem solchen Vorschlage, der die Existenz des norddeutschen Bundes von dem jeweiligen Belieben der Kleinstaaten abhängig machen will, wollen die Unterzeichner des demokratischen Aufrufes noch behaupten, Hr. Müller sei fest entschlossen, die Regierung zu unterstützen in ihrer großen Aufgabe der Einigung Deutschlands? Haben denn die geehrten Herren selbst gar kein Verständniß von den Fragen, um welche es sich hier dreht, oder wollen sie ihre Mitbürger absichtlich täuschen und irre leiten? Gerade weil Hr. Müller solche vollständig verkehrten und zerstörenden Ansichten ausgesprochen hat, welche kein ehrlicher Deutscher, kein tüchtiger Preuße, kein braver Pommern guheissen kann, gerade weil er Deutschlands Einheit vernichten will, weil er mit Partikulisten und Kleinstaaten gemeinsame Sache macht, deshalb wollen wir ihn nicht wählen. Gerade weil Hr. Michaelis sich fest und entschieden für die feste und bleibende Einigung Deutschlands ausgesprochen hat, deshalb wollen wir diesen wählen. Mag Hr. Müller sich von Mecklenburg, von den Junkern der Kleinstaaten wählen lassen, die mit allen Kräften Deutschlands Einigung, Macht und Größe hintertreiben wollen, sie finden an ihm den Mann ihrer Wünsche. Wie aber Preußen, wie Pommern, wie Deutsche, die ein Herz für Deutschlands Größe besitzen, ihm nach solchen Neuerungen die Stimme geben können, das begreifen wir nicht.

Mögen sich daher unsere Mitbürger durch die groben Unwahrheiten des demokratischen Aufrufes nicht täuschen lassen. Sind doch die Unterzeichner dieses Aufrufes zum größten Theile dieselben Männer, welche im Anfang vorigen Jahres mit Österreich im Bunde gegen unsere Regierung eiferten und meuterten, welche Friedensadressen unterschrieben und die Regierung hemmten und denen wir es wahrlich nicht zu verdanken haben, daß Preußen heute auf dem Standpunkt steht, wo es steht. Auch heute wollen sie Preußens Demütigung und Erniedrigung, Deutschlands Zersplitterung und Knechtschaft, wieviel sie auch hohe Worte von Freiheit und Einigung im Munde führen. Warum treten diese Männer denn nicht offen mit ihren Absichten und Wünschen zu Tage, warum verstecken sie sich hinter Unwahrheiten, welche sie selbst sehr wohl wissen. Doch nur weil sie wissen, daß jeder gute Preuße, jeder ehrliche Deutsche solche Pläne und Zwecke verabscheut und verwirft. So trete denn Jeder zur Wahlurne und gebe dem die Stimme, welcher offen und ehrlich für Deutschlands Einheit und Größe, für Preußens Ruhm und Stärke seine Stimme erhoben hat, und dies ist von den beiden Kandidaten Stettins allein der Nedakteur Otto Michaelis aus Berlin. Den wählen wir daher.

Deutschland.

Berlin, 11. Februar. Sr. Majestät der König arbeiteten von 1/211 Uhr ab mit dem Geheimen Kabinettsrat v. Mühlner, nahmen um 12 Uhr die Meldung des General-Majors v. Schwarzhoff, Kommandeur der 13. Infanterie-Brigade, um 1 Uhr den Vortrag des Ministers des Königlichen Hauses Ihrn. v. Schleinitz und um 1½ den des Ober-Ceremonienmeisters Grafen v. Stillfried entgegen.

Um 2 Uhr empfingen Se. Majestät den General der Kavallerie Freiherrn v. Manteuffel und begaben Alerhöchstlich nach

dem Kasernenhofe der Gardes du Corps, um neue Uniformsproben in Augenschein zu nehmen.

Der "Koburger Zeitung" zufolge haben S. M. der König und die Königin von Preußen dem Comité zur Errichtung eines Denkmals für Friedrich Rückert einen gemeinschaftlichen Beitrag von 200 Thlrn. übersenden lassen.

— Sr. M. Brigg "Novo" ist am 7. d. Ms. auf der Rhede von Livorno eingetroffen.

— Die bisher von verschiedenen Seiten gebegte Ansicht, daß an dem morgenden Wahltage die Börsenversammlung ausfallen werde, bestätigt sich nicht. Man geht in maßgebenden Kreisen von der Ansicht aus, daß die Wahlen zu dem norddeutschen Parlament, da zur Vornahme derselben die Wahllokale von Morgens 10 bis Abends 6 Uhr geöffnet sind, zu einer Schließung der Börse keine Veranlassung geben, wie solche allerdings bei den Wahlen für das preußische Abgeordnetenhaus vorhanden ist. Aus dem gleichen Grunde werden die Bureaux der Behörden morgen ebenfalls in gewohnter Weise geöffnet sein.

Berlin, 11. Februar. Nach einer am 17. v. M. ergangenen Ministerial-Verfügung müssen die Pharmaceuten, welche in den durch das Gesetz vom 20. September v. J. dem preußischen Staate einverliebten Landesheiligen Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt a. M. nach den dort bestandenen Vorschriften die Prüfung als Gehülfen bestanden haben, als solche im Bereich der ganzen Monarchie anerkannt und zur Kondition in den Apotheken ohne Weiteres zugelassen werden.

— Den namentlich an der russischen Grenze restblenden preußischen Bischöfen ist ein päpstlicher Hirtenbrief zugegangen, wonach sie in ihren Diözessen öffentliche Gebete für die katholische Kirche in Russland, vorzüglich im Königreich Polen und in Litauen, anordnen möchten. Zunächst sind jene Verteilungen an den Erzbischof von Culm ergangen. Die Diözessen Ermland und Breslau sind gleichfalls dabei beteiligt.

— In einem am 6. Dezember 1866 ergangenen Erkenntnis des Ober-Tribunals ist folgender Grundsatz enthalten: Hat eine vorsätzliche Misshandlung eine erhebliche Körperverletzung zur Folge gehabt, so trifft den Thäter die Strafe des §. 192a des Strafgesetzbuches selbst dann, wenn jene Folge durch die Konkurrenz eines zufälligen Umstandes herbeigeführt worden ist und nicht feststeht, daß der Angeklagte die Möglichkeit eines solchen Erfolges habe vorhersehen können.

— In Beziehung auf die nach den Bestimmungen der Militär-Ersatz-Instruktion von den oberen Provinzialbehörden selbstständig zu ertheilenden Ausstandsbesitzungen sind die königlichen Departements-Kommissionen zur Prüfung der einjährig Freiwilligen benachrichtigt worden, wie die Ministerien des Krieges und des Innern unlängst bei Gelegenheit eines Einzelfalles besonders darauf aufmerksam gemacht worden, daß, nachdem die Demobilisierung des Heeres stattgefunden hat, die über die Ableistung der Militärpflicht der einjährig Freiwilligen während des Friedens bestehenden Vorschriften in ihrem ganzen Umfange wieder in Kraft treten und die für die Dauer des mobilen Zustandes der Armee getroffenen Anordnungen fortan keine weitere Anwendung finden.

— Das Central-Comité der Victoria-(National-) Invalidenstiftung hat jetzt mitgetheilt, daß bei demselben Ende des Jahres 1866 253,936 Thlr. 6 Sgr. 5 Pf. Beiträge eingegangen waren. Die Landräthe sind ersucht worden, dieses Ergebniß in ihren Kreisen bekannt machen zu lassen. Es bleibt nach demselben noch viel zu thun. Der Zweck spricht so für sich selbst, daß es in der That weiterer Ausführungen nicht bedarf.

— Der "Staats-Anzeiger" veröffentlicht das Patent wegen Besitznahme vormals bayerischer Landesheilige und die betreffende Proklamation, beide vom 12. Januar v. J. Die leitere lautet: Durch das Patent, welches Ich heute vollzogen habe, vereinige Ich Euch, Einwohner bishertiger bayerischer Lande, mit Meinen Untertanen, Euren Nachbarn und deutschen Brüdern. Durch die Entscheidung des Krieges, durch den Friedensvertrag mit Eurem bayerischen König und durch die Neugestaltung des gemeinsamen deutschen Vaterlandes nunmehr von einem Fürstenhause getrennt, dem Ihr mit treuer Ergebenheit angehangen, tretet Ihr jetzt in den Verband des Nachbarlandes, dessen Bevölkerung Euch durch Stammmesgemeinschaft, durch Sprache und Sitte verwandt und durch Gemeinsamkeit der Interessen befreundet ist. Ich vertraue Eurem deutschen und redlichen Sinn, daß Ihr Mir Eure Treue eben so aufrichtig gelobt werdet, wie Ich zu Meinem Volke Euch aufnehme. Euren Gewerben, Eurem Handel und Eurer Landwirtschaft eröffnen sich durch die Vereinigung mit Meinen Staaten reiche Quellen. Meine Vorsorge wird Eurem Fleische wirksam entgegenkommen. Eine gleiche Vertheilung der Staatslasten, eine zweckgemäße energische Verwaltung, sorgsam erwogene Gesetze, eine gerechte und pünktliche Justizpflege, kurz alle die Garantien, welche Preußen zu Dem gemacht, als was es sich jetzt in harter Probe bewährt hat, werden Euch fortan gemeinsame Güter sein. Eure Religion werde Ich ehren und schützen. Die Diener der Kirchen werden auch fernerhin die Bewahrer des väterlichen Glaubens sein. Euren Lehranstalten werde Ich Meine besondere Aufmerksamkeit widmen. Eure kriegerische Jugend wird sich ihren Brüdern in Meinen anderen Staaten zum Schutz des Vaterlandes treu anschließen; mit Freude wird die preußische Armee die tapferen Batzen empfangen und, gemeinschaftlich mit Meinem Heere und Meinen anderen Völkern vereinigt, werden Ihr Theilnehmer an dem Ruhme, die Unabhängigkeit und Freiheit des deutschen Vaterlandes dauernd gegründet zu haben. Das walte Gott! Berlin, den 12. Januar 1867. Wilhelm.

— Die "N. A. Z." bringt folgende Notiz: In den ostasiatischen Gewässern ist die preußische Flagge berufen, an einem Werke

Preis in Stettin vierjährl. 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertel. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertel. 1 Thlr. 5 Sgr.

mitzuholen, das eben so sehr im Interesse der Humanität, als des internationalen Wohlstandes geboten ist. Eine gemeinschaftliche Aktion der Seemächte gegen die zahlreichen, in den chinesischen Meeren hausenden Piraten ist beschlossen, und es wird die in Shanghai angelommene Korvette "Vineta" sich nebst anderen preußischen Schiffen an dieser Aktion beteiligen.

— Der Justizminister hat unter dem 5. d. M. folgende allgemeine Verfügung erlassen, betreffend den Betrag der den militärischen Beamten im Falle ihrer Einberufung zum Kriegsdienste bei einer Mobilisierung aus Civilfonds zu gewährenden Feldzulage: Durch die Verfügung vom 25. August 1850 ist den Gerichten und Beamten der Staatsanwaltschaft eine Zusammensetzung der Bestimmungen über die Behandlung der militärischen Civilbeamten in Halle ihrer Einberufung zum Kriegsdienste bei einer Mobilisierung der Armee mitgeheilt worden. Diese Zusammensetzung enthält unter der Nr. 6 einen Auszug aus dem Staats-Ministerial-Beschluß vom 23. Januar 1850, dahin lautend: „Erhält ein Civilbeamter, welcher als Offizier zur Landwehr einberufen wird, keine Feldzulage, so wird ihm, außer der nach Abrechnung der Offizierbesoldung verbleibenden Civilbesoldungs-Quote, von seiner Civilbesoldung so viel belassen, als die im Falle der vollständigen Mobilisierung ihm reglementsmäßig zu gewährende Feldzulage betragen haben würde. Die Fassung dieses Staats-Ministerial-Beschusses hat bei einzelnen Gerichten Zweifel darüber hervorgerufen, ob der Betrag des Zuschusses, welcher hiernach den als Offiziere zu immobilen Truppen oder Verwaltungen einberufenen Beamten aus Civilfonds zu gewähren ist, sich jederzeit nach der Höhe der den vollständig mobilen Offizieren bewilligten Feldzulage richtet und ob in Folge dessen nicht insbesondere auch den im vergangenen Jahre als Offiziere oder zur Militär-Verwaltung einberufenen Civilbeamten, welche zu immobilen Truppen gehören, die Feldzulage in dem erhöhten Betrage, in welchem sie nach der Allerhöchsten Ordre vom 2. Oktober v. J. den wirklich in das Feld gerückten Truppen zu zahlen gewesen ist, aus Civilfonds gewährt werden müsse. Die Frage ist indeß, wie den Gerichten und Beamten der Staatsanwaltschaft im Einverständniß mit den Herren Ministern des Krieges und der Finanzen eröffnet wird, zu verneinen, daß der Angeklagte die Möglichkeit eines solchen Erfolges habe vorhersehen können.

— In Beziehung auf die nach den Bestimmungen der Militär-Ersatz-Instruktion von den oberen Provinzialbehörden selbstständig zu ertheilenden Ausstandsbesitzungen sind die königlichen Departements-Kommissionen zur Prüfung der einjährig Freiwilligen benachrichtigt worden, wie die Ministerien des Krieges und des Innern unlängst bei Gelegenheit eines Einzelfalles besonders darauf aufmerksam gemacht worden, daß, nachdem die Demobilisierung des Heeres stattgefunden hat, die über die Ableistung der Militärpflicht der einjährig Freiwilligen während des Friedens bestehenden Vorschriften in ihrem ganzen Umfange wieder in Kraft treten und die für die Dauer des mobilen Zustandes der Armee getroffenen Anordnungen fortan keine weitere Anwendung finden.

— Das Central-Comité der Victoria-(National-) Invalidenstiftung hat jetzt mitgetheilt, daß bei demselben Ende des Jahres 1866 253,936 Thlr. 6 Sgr. 5 Pf. Beiträge eingegangen waren. Die Landräthe sind ersucht worden, dieses Ergebniß in ihren Kreisen bekannt machen zu lassen. Es bleibt nach demselben noch viel zu thun. Der Zweck spricht so für sich selbst, daß es in der That weiterer Ausführungen nicht bedarf.

Schleswig, 9. Februar. General v. Manteuffel reiste heute Morgen um 11 Uhr von hier ab. Es hatte sich nicht allein das Offizierkorps der Garnison, sondern auch eine große Anzahl Schleswiger, Herren und Damen, am Bahnhofe eingefunden, um dem Abreisenden ein letztes Lebewohl zu sagen. Der Scheidende sowohl wie die Zurückbleibenden waren tief gerührt bei der Abfahrt, die unter in Schalle der Trompeten des hier garnisonirenden Husaren-Regiments und dem Hurrah der Versammelten stattfand.

Frankfurt a. M., 9. Februar. Nachdem Württemberg schon am 19. Dezember v. J. bei der Bundesliquidationskommission die Forderung der Zurückzahlung der von ihm für die letzte Exekution in Holstein und Lauenburg geleisteten Matrikularbeiträge von 508,880 Gulden 53 Kr. gestellt hat, weil nach der ausdrücklichen Bestimmung des Bundesbeschusses vom 14. Dezember 1863 dieser Zahlung lediglich der Charakter eines Vorschusses zufomme, für welche die Kasse des ehemaligen deutschen Bundes aufzutreffen habe, sind n u r d i n g e r mehrere andere Regierungen aus denselben Gründen mit den gleichen Ansprüchen in der Sitzung der Kommission vom 30. v. Ms. aufgetreten. So Österreich mit der Forderung des vollen Ersatzes der ihm durch Truppenstellung bei dieser Exekution erwachsenen und für liquid anerkannten Kosten im Betrage von 373,535 Gulden 21 Kr.; Hessen-Darmstadt mit seinen Matrikularbeiträgen von 225,912 Gulden 7 Kr. und Bayern gleichfalls mit seinem für die Exekution vorschußweise eingezahlten Beiträgen von 1,298,219 Gulden 27 Kr. Außerdem hat aber Bayern noch die Forderung des Ersatzes der ihm durch die im Auftrage des Bundes vollzogene Exekution in Kurhessen erwachsenen Kosten (noch 1,652,828 Od. 8½ Kr. nach einer von der kurfürstlichen Regierung im Jahre 1854 gezahlten Abzahlungszahlung von 100,000 Gulden), sowie den Ersatz des ihm durch den Zug des Bundesbeschusses vom 9. Juni 1866 (nach welchem hier nur eine bayerische Garnison blieb, Bayern das Gouvernement in Mainz übernahm etc.) entstandenen Mehraufwands angemeldet, und sich die nachträgliche Anmeldung etwaiger weiterer Ansprüche vorbehalten.

München, 7. Februar. Es wird ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen sein, daß die so natürlichen Erklärungen des Fürsten von Hohenlohe am 19. und 23. v. M. in der Kammer der Abgeordneten bei einigen Mitgliedern des Reichsrates die unerwartete Deutung gefunden haben, als ob Bayern auf dem besten Wege wäre, sich der Suprematie Preußens zu unterwerfen. Die Interpellation, welche der Fürst von Thurn und Taxis, Freiherr v. Büungen, Freiherr v. zu Ahein und Dr. v. Bayer am 1. d. M. an den Minister des Äußern richteten, geben dieser Besorgniß Ausdruck. „Das mit Preußen anzustrebende Bündnis solle nur als ein Bündnis

